

«Pierre» lächelte, «Eveline» nicht

Bundesrätin Widmer-Schlumpf und ihr französischer Amtskollege Pierre Moscovici haben in Paris ein umstrittenes Erbschaftsabkommen unterzeichnet. Ein Referendum wollen sie nicht in Betracht ziehen.

STEFAN BRÄNDLE

PARIS. Der Beweis ist wieder einmal erbracht: Zwei Personen sehen nicht unbedingt das Gleiche, wenn sie das Gleiche betrachten. Der französische Wirtschaftsminister Pierre Moscovici war gestern Feuer und Flamme für das neue Erbschaftssteuer-Abkommen zwischen Frankreich und der Schweiz. «Mit Vergnügen und Stolz» lobte er den «sehr wichtigen Text», der das Tor zu weiteren Abkommen in Steuerfragen eröffne, und bat «Eveline» lächelnd zur Unterzeichnung.

Ohne Gesichtsregung

Die angesprochene Bundesrätin Widmer-Schlumpf begrüsst das neue Abkommen weniger überschwänglich. Ohne Gesichtsregung signierte sie den Abkommenstext vor zahlreichen Diplomaten und Journalisten. In der kurzen Begleitrede meinte sie völ-

lig undiplomatisch, aber dafür umso aufrichtiger: «Natürlich hätten wir das bisherige Erbschaftsabkommen aus dem Jahre 1953 lieber bewahrt.»

Frankreich hatte das sechzig Jahre alte Abkommen aber nicht verlängert, sondern mit Nachdruck eine Neuverhandlung verlangt. Der Hauptunterschied zum alten Erbschaftsabkommen besteht darin, dass nicht mehr der Standort der vererbten Liegenschaft, sondern der Wohnsitz des Erben bestimmt, welches Erbrecht zur Anwendung kommt. Das ändert sehr viel: Die Zehntausende Franzosen oder Schweizer, die in Frankreich wohnen, aber in der Schweiz ein Haus oder Wertgegenstände wie Goldbarren erben, müssen dies neu in Frankreich versteuern.

Dort können die Steuern bis zu 45 Prozent erreichen. Im Visier hat der französische Fiskus unter an-

derem die Liegenschaften wohlhabender Steuerflüchtlinge wie Johnny Hallyday oder Alain Prost. Die viel tiefere Erbschaftssteuer

der Kantone bleibt bestehen und wird angerechnet, so dass die Schweiz finanziell keinen Verlust erleiden soll.

Kampf gegen Steuerflucht

Das Umgekehrte – wenn in der Schweiz wohnhafte Bürger ein Ferienhaus in Frankreich erben – gilt zwar auch zugunsten des Schweizer Fiskus. Doch das schenkt viel weniger ein. Moscovici erklärte auf eine Journalistenfrage reichlich blauäugig, er habe nie ausgerechnet, ob Frankreich von dem neuen Abkommen profitieren werde. Es gehe generell darum, die Rechtslücken in dem alten Abkommen zu schliessen. Damit verbunden sei auch der Kampf gegen Steuerflucht und -betrug, führte Moscovici weiter aus. Frankreich sehe das Erbschaftsabkommen nur als Teil einer ganzen «Revolution», die in den automatischen Austausch

von Steuerdaten gipfeln soll. Widmer-Schlumpf erklärte, die Schweiz verschliesse sich nicht grundsätzlich, verlange aber die Anwendung der OECD-Standards für den automatischen Steueraus-tausch. Die beiden Minister einigten sich auf die Einsetzung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe, die offene Fragen regeln soll: Amtshilfe Steuersachen, Regularisierung unversteuerter Vermögenswerte, Pauschalbesteuerung sowie das Steuerstatut des Flughafens Basel-Mülhausen. Zuvor muss das Erbschaftsabkommen allerdings noch die parlamentarische Hürde in Bern nehmen. Westschweizer Kreise und Kantone drohen zudem bereits mit dem Referendum. Gefragt, wie Frankreich im Fall einer Zurückweisung durch den eidgenössischen Souverän reagieren würde, meinte Moscovici, er denke vorläufig nicht an diese Eventualität.

Referendum der Kantone?

Die acht Kantone der Westschweizer Finanzdirektoren-Konferenz (mit Bern und Tessin) laufen Sturm: Nächsten Mittwoch stellen Kantonspolitiker in Lausanne ihre Antwort auf die neue Konvention vor. Sie wollen das Bundesparlament für ein Nein sensibilisieren. Nützt dies nichts, wird ein Kantonsreferendum geprüft; dafür brauchte es – acht Kantone. (dla)



Unterwegs zur Unterschrift: Der französische Finanzminister Pierre Moscovici und Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf.

Bild: epa/Jan Langsdon

JOURNAL

AHV-Schuldenbremse stösst auf Zustimmung

Die vom Bundesrat vorgeschlagene Schuldenbremse bei der AHV stösst bei Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern gemäss einer Umfrage auf Unterstützung. 62 Prozent der Befragten fanden es sinnvoll, dieses Instrument bei Sozialversicherungen einzuführen. (sda)

In Zürcher Kirchgemeinde ist Feuer im Dach

Der Präsident der Kirchgemeinde Zürich Industriequartier, Helmut Werner, ist per sofort im Amt eingestellt worden. Wie der Kirchenrat in einer Mitteilung schreibt, hat er zudem eine Strafanzeige eingereicht. Werner werden eine «unhaltbare Personalführung» und «deutliche Kompetenzüberschreitungen» vorgeworfen. (sda)

8000 Armeebauten sind überflüssig

Das Verteidigungsdepartement ist im Besitz von 14 000 Gebäuden. Militärisch genutzt werden nur noch rund 6000. Die 8000 übrigen Gebäude werden militärisch nicht mehr benötigt, binden aber erhebliche öffentliche Mittel. (sda)

Aufarbeitung soll nicht versanden

Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen kämpfen an einem runden Tisch um Wiedergutmachung. Der Zuger Unternehmer Guido Fluri will notfalls eine Volksinitiative lancieren.

EVELINE RUTZ

BERN. Bis 1981 war es in der Schweiz möglich, ohne Gerichts-urteil fürsorgliche Massnahmen auszuordnen. Kinder aus schwierigen Familienverhältnissen wurden zum Beispiel in Heimen plaziert oder verdingt. Jugendliche, die einen «liederlichen Lebenswandel» führten, wurden weggesperrt. Der Bund ist daran, dieses düstere Kapitel aufzuarbeiten. Bundesrätin Simonetta Sommaruga hat sich im April bei den Opfern fürsorglicher Zwangsmassnahmen entschuldigt. Zwei Monate später hat ein runder Tisch seine Arbeit aufgenommen.

Den Betroffenen, die unter anderem einen Härtefall-Fonds fordern, ist das Tempo zu tief. «Ich spüre bei den Behörden und den politischen Parteien kaum Bereitschaft, das Thema wirklich konsequent aufzuarbeiten», sagt der Zuger Unternehmer Guido Fluri. Die von ihm gegründete Guido Fluri Stiftung hat deshalb ent-

schieden, eine Volksinitiative zu lancieren, sollten bis im Frühjahr 2014 keine greifbaren Ergebnisse vorliegen. Das nötige Kapital, eine Million Franken, hat sie bereits zurückgestellt. Ein Expertenteam ist zudem daran, den Initiativtext auszuarbeiten. Die Opfer würden zu wenig ernst genommen, sagt Fluri und spricht von einem «Armutszeugnis für die reiche Schweiz». Andere Länder seien ihr weit voraus. Seine Initiative will er aber nicht als Drohung verstanden wissen. Lieber wäre ihm, dass es schon am runden Tisch zu einer verbindlichen Lösung kommt.

Breite Unterstützung

«Ohne Druck passiert nichts», sagt Walter Zwahlen, Präsident des Netzwerks Verdingt. Er unterstützt daher die Idee eines Volksbegehrens. Die Bevölkerung habe viel Verständnis für die Forderungen der Betroffenen. Dazu habe unter anderem der Film «Der Verdingbub» beigetragen. In der Poli-

tick – vor allem im bürgerlichen Lager – sei der Goodwill hingegen wesentlich geringer. «Viele Betroffene leben in kümmerlichen Verhältnissen», sagt Zwahlen. Weil sie kaum ausgebildet wurden und einfache Arbeiten verrichteten, müssten sie mit einer minimalen AHV-Rente und geringen Sozialleistungen auskommen. «Auswärts einzukehren oder eine kulturelle Veranstaltung zu besuchen, liegt für viele nicht drin.» Die meisten Opfer der damaligen Behördenwillkür seien alt und

krank, ergänzt Ursula Biondi, Vorstandsmitglied des Vereins Ravia (Rehabilitation der administrativ Versorgten). «Sie können nicht mehr ewig auf das Geld warten, das ihnen zusteht.» Nicht die Steuerzahler, sondern die Organisationen, die von der Zwangsarbeit profitierten, müssten nun zur Kasse gebeten werden.

«Es braucht eine rasche Lösung»

Die Arbeit des runden Tisches gehe zu gemächlich voran. «Man will Zeit schinden.» Nach einer ersten Sitzung im Juni ist das nächste Treffen am 25. Oktober vorgesehen. Der übernächste Termin folgt erst im März 2014. «Zumindest den Härtefall-Fonds sollte man rasch beschliessen», findet Biondi, die notfalls Unterschriften sammeln will. Sie hoffe jedoch, dass man sich am runden Tisch einige. «Sonst müssten wir einmal mehr viel Kraft aufbringen, um die Gerechtigkeit zu erlangen, die uns schon lange zustehen würde.»



Guido Fluri

Bild: pd

KOMMENTAR

Ein Spiel auf Zeit

Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf hetzt von einer Steuerfront zur nächsten. Eben erst hat das Parlament ihren US-Steuerdeal versenkt, da unterschreibt sie ein Erbschaftssteuerabkommen mit Frankreich, in dem das Nachbarland seine Interessen auf Schweizer Boden durchsetzt.

Den entscheidenden Schritt tat Widmer-Schlumpf allerdings bereits im Mai 2012, als sie das von Frankreich verlangte Abkommen paraphierte. Nach massiven Protesten aus der Romandie hat die Schweiz das Dossier nochmals geöffnet und Frankreich kleinere Anpassungen abgerungen. Der Kern aber bleibt: Frankreich wird neu auf Erbschaften in der Schweiz Steuern erheben, wenn die Erben seit mindestens acht Jahren in Frankreich leben. Das bisher anerkannte Prinzip der Besteuerung am Wohnort des Erblassers fällt dahin.

Damit geht die Bundesrätin auf Konfrontationskurs mit den Westschweizer Kantonen, die von dieser Änderung wegen der vielen bei ihnen wohnhaften Franzosen besonders betroffen sind. Bereits laufen Diskussionen über ein Referendum der Kantone, das es in der Schweizer Geschichte bisher erst einmal gab. Doch der Widerstand ist nicht regional begrenzt, er zeigt sich auch im Parlament: Eben erst hat der Nationalrat einer Motion zugestimmt, die das im Abkommen verankerte Prinzip ausdrücklich verbieten will.

Möglich, dass Widmer-Schlumpf auf Zeit spielt. Denn: So lange der demokratische Prozess in der Schweiz läuft, so lange tritt das neue Abkommen nicht in Kraft. Während dieser Zeit wird die Schweiz mit Frankreich den Dialog in anderen Bereichen weiterführen in der Hoffnung, die gestrige Unterschrift werde als freundliche Geste interpretiert.

Sollte das Abkommen vor dem Parlament oder am Ende vor dem Volk scheitern, hat die Bundesrätin allerdings ein Glaubwürdigkeitsproblem. Denise Lachat

denise.lachat@tagblatt.ch

Frick kritisiert «Medienkampagne»

BERN. Erstmals seit Beginn der Kontroverse um seine Person hat der neu gewählte Finma-Verwaltungsrat Bruno Frick in einem Interview Stellung genommen. Dass nun alte Geschichten hervorgeholt würden, sei Teil einer «Medienkampagne», sagte er gegenüber NZZ Online. «Mit dieser Kampagne will man mich, den Bundesrat als Wahlbehörde und die Finma diskreditieren», sagte der ehemalige Schwyzer CVP-Ständerat in dem gestern veröffentlichten Interview. «Neben diesem grossen politischen Zusammenhang gibt es einige Leute, die jetzt ihr privates, kleines Süppchen kochen wollen.»

Als «Skandal» bezeichnete Frick den Versuch des «Tages Anzeiger», eine Verbindung herzustellen zwischen seiner Person und dem Ipco-Betrugsskandal im Kanton Schwyz Anfang 1999. Nach seiner Darstellung hat ein Mitarbeiter seiner Kanzlei für die Firma kleine Arbeiten erledigt. Er selber habe nie an diesem Fall mitgearbeitet und sei weder vorher noch nachher für die Ipco tätig gewesen. (sda)